



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 07.01.2011

Niederschrift

über die **21. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem **14.12.2010**, 14:08 Uhr bis 18:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow, Brigitta von; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gebauer, Yvonne; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Holländer, Hildburg; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kossmann, Sandra Dr.; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Lüttig, Marion; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Moritz, Barbara; Mucuk-Edis, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Neubert, Michael; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Rouhs, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schultz, Alfred; Senol, Sengül; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Wirges, Josef; Schößler, Bernd

Verwaltung

Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Streitberger, Bernd Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Klug, Gabriele; Reker, Henriette Beigeordnete; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin

Frau Kramp

Stenografen

Herr Becker
Herr Ernst

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Hoffmann, Klaus; Möring, Karsten

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelia

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas; Petschel, Eberhard; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

- I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Schneider, Herrn Dr. Schlieben und Herrn Helling vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion am 9. Dezember 2010 fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Erfreuliche Einnahmesteigerungen im städtischen Haushalt – Verzicht auf Steuer- und Gebührenerhöhungen“ vorgelegt habe. Diese Angelegenheit wurde als Punkt 1.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

- III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Benennung eines Platzes oder einer Straße nach der verstorbenen Ehrenbürgerin Irene Ludwig"
AN/2285/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/2371/2010
 - 3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Resolution zu Atomtransporten - Köln lehnt Atomtransporte durch das Stadtgebiet ab"
AN/2283/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2376/2010
 - 3.1.10 Dringlichkeitsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Moratorium für Entscheidung bzgl. Umzug IWZ Fachhochschule Köln"
AN/2364/2010
 - 3.1.11 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzen der Erhöhung des Gewerbesteuersatzes ab 1.1.2011"
AN/2363/2010
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Erhöhung von Gebühren und Beiträgen"
AN/2345/2010
 - 4.2 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Kostenschätzung für den Fall einer Verlagerung des FWI-FH"
AN/2348/2010
 - 4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Untersuchungsergebnisse verkehrstechnischer und umweltbelastender Folgen bei Rheinuferquerung der Nord-Süd-Stadtbahn"
AN/2349/2010
- 6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

- 6.1.3. Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS)
4222/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2375/2010

- 6.1.4 Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013; Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII
hier: Änderung der "Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen"
4866/2010

- 6.4.1. Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
3398/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/2367/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/2369/2010

8 Überplanmäßige Ausgaben

- 8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0111 - Sonstige Innere Verwaltung im Bereich der Personalvertretungen für das Haushaltsjahr 2010
4950/2010

- 8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2010
5256/2010

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.28 Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz
3261/2010

- 10.29 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010
5223/2010

- 10.30 Durchführung von drittmittelfinanzierten Projekten im Rahmen des ESF-BAMF-Programms "Berufsbezogene Sprachförderung"
4660/2010
- 10.31 Konjunkturprogramm II, Beschleunigung von Verfahren, Verlängerung der derzeitigen Regelung
5102/2010
- 17 Wahlen
- 17.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie
5144/2010
- 17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Aufsichtsrat KölnBäder GmbH
AN/2213/2010
- 17.5 Neubesetzung von Aufsichtsräten
5207/2010
- 17.6 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages hier: Benennung der sechs Abgeordneten der Stadt Köln
5265/2010
- 17.7 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Sachkundigen Bürgerin im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde
AN/2293/2010
- 17.8 Vorschlag von Mitgliedern für den Beirat der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) gem. §18d Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II)
5272/2010
- 17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Nachwahl eines sachkundigen Einwohners für den Schulausschuss
AN/2372/2010
- 17.10 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Nachwahl eines sachkundigen Einwohners für den Sportausschuss
AN/2373/2010
- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.2 Städtisches Grundstück Vorgebirgswall 4-8, Köln-Neustadt-Süd
4896/2010
- 24. Allgemeine Vorlagen

- 24.4 Erwerb der moderne Stadt GmbH durch die Stadtwerke Köln
5093/2010
- 24.5 RheinEnergie AG
hier: Beteiligung der RheinEnergie Beteiligungen GmbH an der Kraftwerks-
und Netzgesellschaft mbH und Änderung des Gesellschaftsvertrages der
RheinEnergie Beteiligungen GmbH
5257/2010

Absetzungen

- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.11 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb
zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke
Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
3379/2010
- 10.14 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr
2010
4916/2010
- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Verkauf Arnsberger Straße in Köln-Buchheim
Errichtung eines Privatgymnasiums
2210/2010/1

IV. Ratsmitglied Granitzka beantragt, die Entscheidung über Punkt

- 10.18 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010

wegen Beratungsbedarfs zurückzustellen. In der Angelegenheit habe der Integrationsrat in seiner letzten Sondersitzung am 13.12.2010 neue Details beschlossen, die inhaltlich noch nicht geprüft werden konnten.

Ratsmitglied Uckermann widerspricht unter Hinweis auf die lange Dauer der Beratungszeit und bittet, die Vorlage auf der Tagesordnung zu belassen.

Der Rat beschließt daraufhin mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln, die Beratung der Angelegenheit bis zur kommenden Sitzung des Rates am 01.02.2011 zurückzustellen.

V. Der Oberbürgermeister weist daraufhin, dass zur heutigen Sitzung mehrere Dringlichkeitsanträge vorgelegt worden seien. Im Einzelnen handelt es sich um die Punkte:

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Benennung einer Straße/eines Platzes nach Irene Ludwig"
AN/2292/2010

Die Fraktion teilt auf Nachfrage des Oberbürgermeisters mit, dass sie ihren Dringlichkeitsantrag zurückziehe.

3.1.10 Dringlichkeitsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Moratorium für Entscheidung bzgl. Umzug IWZ Fachhochschule Köln"
AN/2364/2010

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass Ratsmitglied Hoffmann den Dringlichkeitsantrag wegen seiner Erkrankung für die heutige Sitzung zurückgezogen habe.

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzen der Erhöhung des Gewerbesteuersatzes ab 1.1.2011"
AN/2363/2010

Der Rat stimmt der Aufnahme - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - als TOP 3.1.11 einvernehmlich zu.

Der Oberbürgermeister unterrichtet den Rat darüber, dass ihm Ratsmitglied Uckermann im Namen seiner Fraktion soeben drei weitere Dringlichkeitsanträge übergeben habe. Es handelt sich im Einzelnen um:

- Wirtschaftliche Nutzung des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring

Der Rat möge beschließen:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob durch eine Auslagerung der verbliebenen Materialien/Exponate in externe Depots eine wirtschaftliche Nutzung des Hauses gegenüber dem Leerstand vorgezogen werden kann und in welcher Höhe durch diese Maßnahmen die Kosten für die Stadt Köln signifikant abgesenkt werden können.“

- 15 Minuten freies Parken in allen Stadtteilen (Brötchentaste)

Der Rat möge beschließen:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung, in allen Stadtteilen während der Geschäftszeiten dauerhaft die so genannte Brötchentaste für freies Parken einzuführen.“

- Keine Erhöhung der Parkgebühren

Der Rat möge beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die geplanten Gebührenerhöhungen für das Parken insbesondere in den Stadtteilen nicht weiter zu verfolgen und stattdessen die Attraktivität der Stadtteile aufzuwerten.“

Ratsmitglied Uckermann begründet die jeweilige Dringlichkeit der einzelnen Angelegenheiten.

Der Rat lehnt in allen Fällen - jeweils gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln - eine Aufnahme in die Tagesordnung der heutigen Sitzung wegen der fehlenden Eilbedürftigkeit ab.

VI. Der Oberbürgermeister schlägt dem Rat eine Änderung der Reihenfolge von einzelnen Tagesordnungspunkten vor. Wegen des Sachzusammenhangs empfehle sich bei den folgenden Punkten eine gemeinsame Beratung:

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Erfreuliche Einnahmensteigerungen im städtischen Haushalt - Verzicht auf Steuer- und Gebührenerhöhungen"
AN/2351/2010

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzung der Kulturförderabgabe"
AN/2279/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2376/2010

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzen der Erhöhung des Gewerbesteuersatzes ab 1.1.2011"
AN/2363/2010

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Erhöhung von Gebühren und Beiträgen"
AN/2345/2010

6.1.2 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
4378/2010

6.1.3. Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS)
4222/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/2375/2010

Ratsmitglied Wiener weist daraufhin, dass sich folgender Antrag seiner Fraktion

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Bildung einer Gebühren-
Prüfkommission"
AN/2278/2010

mit dem gleichen Thema befasse und deshalb hier ebenfalls mitberaten werden solle. Der Oberbürgermeister stimmt diesem Vorschlag zu.

Der Rat ist mit der gemeinsamen Beratung der vorgeschlagenen Punkte einverstanden.

VII. Im Übrigen stimmt der Rat der nachfolgenden Tagesordnung einvernehmlich zu:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Erfreuliche Einnahmensteigerungen im städtischen Haushalt - Verzicht auf Steuer- und Gebührenerhöhungen"
AN/2351/2010
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 2.1 Annahme von Geldspenden des Vereins "wir helfen: der unterstützungsverein von m. dumont schauberg e.v." (wir helfen) zur Unterstützung von "JUSCH - Jung und Schwanger" sowie der Erweiterung der technischen Ausstattung des B.O.J.E.-Busses
4397/2010
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Arbeitnehmer-Mitbestimmung im Aufsichtsrat Kliniken"
AN/2276/2010

- 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Benennung eines Platzes oder einer Straße nach der verstorbenen Ehrenbürgerin Irene Ludwig"
AN/2285/2010
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/2371/2010
- 3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzung der Kulturförderabgabe"
AN/2279/2010
- 3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Geologische Untersuchung der kompletten Oberfläche der Kölner Innenstadt – Schutz vor Tagbrüchen und Gebäudeeinstürzen"
AN/2240/2010
- 3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Resolution zu Atomtransporten - Köln lehnt Atomtransporte durch das Stadtgebiet ab"
AN/2283/2010
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2376/2010
- 3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Clouth - Erhalt der Halle 10 als Atelier- und Ausstellungsort"
AN/2282/2010
- 3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Resolution zum Erhalt und Verbleib der Verkehrsleitzentrale in Köln"
AN/2280/2010
- 3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Bildung einer Gebühren-Prüfkommission"
AN/2278/2010
- 3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Benennung einer Straße/eines Platzes nach Irene Ludwig"
AN/2292/2010
(zurückgezogen)
- 3.1.10 Dringlichkeitsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Moratorium für Entscheidung bzgl. Umzug IWZ Fachhochschule Köln"
AN/2364/2010
(zurückgezogen)

- 3.1.11 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzen der Erhöhung des Gewerbesteuersatzes ab 1.1.2011"
AN/2363/2010
- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 3.2.1 Verbesserung der medizinischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler hier: Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 04.11.2010
4798/2010
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Erhöhung von Gebühren und Beiträgen"
AN/2345/2010
 - 4.2 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Kostenschätzung für den Fall einer Verlagerung des FWI-FH"
AN/2348/2010
 - 4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Untersuchungsergebnisse verkehrstechnischer und umweltbelastender Folgen bei Rheinuferquerung der Nord-Süd-Stadtbahn"
AN/2349/2010
- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
 - 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeinordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.4.1 Finanzierung und Durchführung von Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten - Resolution an die Bundesregierung
4873/2010

- 6 Ortsrecht
- 6.1 Satzungen
 - 6.1.1 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
4367/2010
 - 6.1.2 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
4378/2010
 - 6.1.3. Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS)
4222/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2375/2010
 - 6.1.4 Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013; Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII
hier: Änderung der "Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen"
4866/2010
- 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
- 6.4 Sonstige städtische Regelungen
 - 6.4.1. Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
3398/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/2367/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/2369/2010
- 7 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj.

2010 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung
2010/2011
5074/2010

- 8 Überplanmäßige Ausgaben
 - 8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0111 - Sonstige Innere Verwaltung im Bereich der Personalvertretungen für das Haushaltsjahr 2010
4950/2010
 - 8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2010
5256/2010
- 9 Außerplanmäßige Ausgaben
- 10 Allgemeine Vorlagen
 - 10.1 Sonderförderungen der Kindertageseinrichtung "Waldstrolche am Forstbotanischen Garten" e.V., Postfach 50 18 45, 50978 Köln
3352/2010
 - 10.2 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Freiwillige Versicherung -
4272/2010
 - 10.3 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Pflichtversicherung -
4304/2010
 - 10.4 Überörtliche Prüfung der bestimmungsgemäßen Verwendung zweckgebundener Staatszuweisungen "für kommunale Orchester, Musikschulen und Musikfeste" der Stadt Köln von Juli 2009 bis Januar 2010 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
4405/2010
 - 10.5 Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (AVG)
hier: Verschmelzung der Tochtergesellschaften BAV GmbH und GVG mbH
4799/2010
 - 10.6 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2009 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
4308/2010
 - 10.7 Einrichtung einer Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger in sowie Verbesserung

der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung)
für die Stadt Köln
3267/2010

- 10.8 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung
hier: Aufgabe 1000-7.6 Übernahme Telefonservice im Rahmen Kooperationen, Einsparvorschlag Nr. 1 Anpassung der Preise für sämtliche Kooperationspartner des Call-Centers auf 1,47 € pro Produktivminute"
4665/2010
- 10.9 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2009 der Beihilfekasse
4664/2010
- 10.10 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011
4788/2010
- 10.11 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke
Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
3379/2010
(zurückgezogen)
- 10.12 Mitgliedschaft der Stadt Köln im "Filmforum NRW e.V."
4741/2010
- 10.13 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-1021, Im Laach Umbau der Kreuzung Lungengasse

2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze Finanzstelle 6601-1201-1-1021, Im Laach Umbau der Kreuzung Lungengasse
4783/2010
- 10.14 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010
4916/2010
(zurückgezogen)
- 10.15 Köln - Stadt der Vielfalt
Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes
3130/2010

- 10.16 Gemeinschaftsschulen für Köln
4553/2010
- 10.17 Auflösung der Katholischen Grundschule Palmstraße 1, 50672 Köln -Altstadt-
Nord zum 31.07.2011
4811/2010
- 10.18 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010
(zurückgezogen)
- 10.19 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs.2 GemHVO in Verbin-
dung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2008/2009
in analoger Anwendung bei Finanzstelle 5100-0604-0-4000, Baumaßnahmen,
hier: Gebäudesanierung Jugendzentrum Sülz(JuZi), Sülzburgstr.112-
118,50937 Köln
4375/2010
- 10.20 KölnPass: Aufrechterhaltung des Erstattungsanspruches der KVB im Rahmen
der Finanzierung der KölnPass-Tarife im Haushaltsjahr 2010
4409/2010
- 10.21 SGB II-Neuorganisation; Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit
Köln
4870/2010
- 10.22 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Übernahme von Ausfallbürgschaften
5056/2010
- 10.23 Abschluss einer Vereinbarung zur Ausweitung der Kooperation mit der Stadt
Siegburg auf Stufe 2
2183/2010
- 10.24 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes "Wallraf - Der Mu-
seumsbus"
4507/2010
- 10.25 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertrags-
steigerung;
hier: Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 7, Erhöhung Beiträge zum Mittag-
essen
5062/2010
- 10.26 Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013
hier: Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII
4875/2010

- 10.27 Errichtung eines Familienparks unter der Zoobrücke in Köln-Mülheim
3547/2010
- 10.28 Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz
3261/2010
- 10.29 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010
5223/2010
- 10.30 Durchführung von drittmittelfinanzierten Projekten im Rahmen des ESF-BAMF-Programms "Berufsbezogene Sprachförderung"
4660/2010
- 10.31 Konjunkturprogramm II, Beschleunigung von Verfahren, Verlängerung der derzeitigen Regelung
5102/2010
- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
- 12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 71473/02
Arbeitstitel: Alte Wipperfürther Straße in Köln-Buchheim
4366/2010
- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
- 13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 4024 c
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Schmiedegasse in Köln-Weidenpesch
4474/2010
- 13.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 4024 d
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Floriansgasse in Köln-Weidenpesch
4479/2010
- 14 Erlass von Veränderungssperren
- 14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen

Arbeitstitel: Gewerbegebiet Robert-Perthel-Straße/Longericher Straße in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen, 1. Änderung
3711/2010

- 14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen
4534/2010
- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen
- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
- 16.1 214. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4349/2010
- 17 Wahlen
- 17.1 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Bestellung von Frau Gabriele C. Klug zur Ersten Betriebsleiterin
5078/2010
- 17.2 Benennung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Schule und Weiterbildung
5140/2010
- 17.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
5144/2010
- 17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Aufsichtsrat KölnBäder GmbH
AN/2213/2010
- 17.5 Neubesetzung von Aufsichtsräten
5207/2010
- 17.6 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages hier: Benennung der sechs Abgeordneten der Stadt Köln
5265/2010

- 17.7 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Sachkundigen Bürgerin im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde
AN/2293/2010
- 17.8 Vorschlag von Mitgliedern für den Beirat der gemeinsamen Einrichtung (Job-center) gem. §18d Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II)
5272/2010
- 17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Nachwahl eines sachkundigen Einwohners für den Schulausschuss
AN/2372/2010
- 17.10 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Nachwahl eines sachkundigen Einwohners für den Sportausschuss
AN/2373/2010
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Verkauf Arnsberger Straße in Köln-Buchheim
2210/2010/1
(zurückgezogen)
- 23.2 Städtisches Grundstück Vorgebirgswall 4-8, Köln-Neustadt-Süd
4896/2010
- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.1 Abberufung mehrerer Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes
4070/2010

- 24.2 Abschluss einer Vereinbarung zur Ausweitung der Kooperation mit der Stadt Siegburg auf Stufe 2
2223/2010
- 24.3 SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH: Abschluss eines "Vorschalttarifvertrags zum TVÖD/VKA des TVÜ/KAV sowie weiterer Tarifverträge für die SBK"
5001/2010
- 24.4 Erwerb der moderne Stadt GmbH durch die Stadtwerke Köln
5093/2010
- 24.5 RheinEnergie AG
5257/2010
- 25 Wahlen
- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Erfreuliche Einnahmensteigerungen im städtischen Haushalt - Verzicht auf Steuer- und Gebührenerhöhungen"
AN/2351/2010**

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten 3.1.3; 3.1.8; 3.1.11; 4.1; 6.1.2 und 6.1.3 behandelt.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass aufgrund der Entscheidung über die vorhergehenden Punkte eine Beschlussfassung über die aktuelle Stunde entbehrlich sei und schlägt daher vor, diese gemäß § 15 Absatz 3 Buchstabe a) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für erledigt zu erklären.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**
- 2.1 Annahme von Geldspenden des Vereins "wir helfen: der unterstützungsverein von m. dumont schauberg e.v." (wir helfen) zur Unterstützung von "JUSCH - Jung und Schwanger" sowie der Erweiterung der technischen Ausstattung des B.O.J.E.-Busses
4397/2010**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Spendenannahme

- A. zur Unterstützung junger schwangerer Frauen, junger Mütter und jungen Familien in Höhe von 60.000 € sowie
- B. zur Erweiterung und Reparatur der technischen Ausstattung des umgebauten Liniensbusses (B.O.J.E.-Bus) in Höhe von 23.409,29 €

zu.

Der Rat bedankt sich ausdrücklich im Namen der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere im Namen der betroffenen Klientel für diese Spenden bei „wir helfen“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Arbeitnehmer-Mitbestimmung im Aufsichtsrat Kliniken" AN/2276/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt, den § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Kliniken der Stadt Köln gGmbH wie folgt zu ändern:

Der Aufsichtsrat besteht aus **zwölf** Mitgliedern; ihm gehören der Oberbürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Stadt Köln, sieben vom Rat der Stadt Köln entsandte Mitglieder und vier Arbeitnehmervertreter, die in entsprechender Anwendung der §§ 76 – 77a Betriebsverfassungsgesetz 1952 von den Arbeitnehmer/innen der Gesellschaft gewählt werden, an.

Die Verwaltung wird beauftragt, den geänderten Gesellschaftsvertrag so vorzulegen, dass er am 1.2.2011 vom Rat abschließend beschlossen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Bei der Erörterung dieser Angelegenheit, erteilt der Oberbürgermeister dem Ratsmitglied Jörg Uckermann, wegen verschiedener beleidigender Äußerungen, die sowohl gegen ihn als auch einzelne Ratsmitglieder gerichtet sind, nacheinander **drei Ordnungsrufe** (zu den Einzelheiten siehe das Wortprotokoll zu TOP 3.1.1).

Beschluss des Rates über den Sitzungsausschluss von Ratsmitglied Jörg Uckermann nach Erteilung des 3. Ordnungsrufes durch den Oberbürgermeister

Beschluss:

Nachdem der Oberbürgermeister dem Ratsmitglied Jörg Uckermann den dritten Ordnungsruf erteilt hat, beschließt der Rat, das Ratsmitglied von der weiteren Sitzung auszuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Benennung eines Platzes oder einer Straße nach der verstorbenen Ehrenbürgerin Irene Ludwig" AN/2285/2010

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/2371/2010**

Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Vorschlags, wie dem verstorbenen Stifterehepaar Irene und Peter Ludwig, z.B. durch die Benennung einer Straße oder eines Platzes im Stadtgebiet, ein ehrendes Andenken für das herausragende langjährige Engagement zugunsten des kulturellen Stellenwertes Kölns bewahrt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzung der Kulturförderabgabe" AN/2279/2010

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Die Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe der Stadt Köln wird mit sofortiger Wirkung bis zu einer endgültigen juristischen bzw. gerichtlichen Klärung ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten 1.1; 3.1.8; 3.1.11; 4.1; 6.1.2 und 6.1.3 behandelt.

3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Geologische Untersuchung der kompletten Oberfläche der Kölner Innenstadt – Schutz vor Tagbrüchen und Gebäudeeinstürzen" AN/2240/2010

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich eine sinnvolle und geeignete Untersuchung der geologischen Strukturen und Beschaffenheiten in der gesamten Innenstadt vorzunehmen, um zukünftige Absackungen im Straßen- und Wegebereich und Einstürze und Schäden an Gebäuden zu verhindern.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Resolution zu Atomtransporten - Köln lehnt Atomtransporte durch das Stadtgebiet ab" AN/2283/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/2376/2010

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich gegen eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und für die Vermeidung von Atomtransporten sowie den endgültigen Ausstieg aus Atomtechnologie aus.

Der Rat spricht sich in diesem Zusammenhang für die Übernahme und Unterstützung der Resolution des Landtages vom 30.11.2010 aus:

1. Jede Laufzeitverlängerung schadet den Interessen von Nordrhein-Westfalen. Die Laufzeitverlängerung ist nicht nur aus Gründen der Sicherheit und der ungelösten Endlagerfrage unverantwortlich, sie zementiert auch die Marktmacht der vier großen Energiekonzerne und verhindert Innovationen, den Ausbau von Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sowie Investitionen von Stadtwerken und neuen Energieunternehmen.
2. Der Landtag spricht den Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen aus Nordrhein-Westfalen, die im Zusammenhang mit dem Castor-Transport 2010 im Einsatz waren, seinen Dank und seine Anerkennung für die unter besonders schwierigen Bedingungen geleisteten Dienste aus.
3. Das seit langem von der Polizei in Nordrhein-Westfalen praktizierte Deeskalationsprinzip hat sich bewährt und sollte dementsprechend auch Maßstab bei schwierigen Einsatzlagen bleiben. Die Aufkündigung des von Rot-Grün gefundenen Atom-Konsenses durch die Bundesregierung und damit der Neuaufbruch eines gesellschaftlichen Großkonflikts, darf nicht länger auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten ausgetragen werden.
4. Für Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung darf in einer modernen Zivilgesellschaft kein Platz sein. Der Landtag verurteilt Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als Straftaten und wünscht den Verletzten auf beiden Seiten eine schnelle Genesung.
5. Der Landtag begrüßt die Ankündigungen des Innenministers, dass die im Zusammenhang mit dem Unterstützungseinsatz geleistete Mehrarbeit ohne Probleme und Wartezeiten finanziell vergütet wird. Er betont die Notwendigkeit, dass auch bei den Castor-Einsätzen die Bestimmungen des Strahlen- und Gesundheitsschutz zum Schutz der eingesetzten Beamtinnen und Beamten unter anderem durch den Einsatz von sog. Filmdosimetern unbedingt beachtet werden müssen.

Der Rat bittet den Oberbürgermeister, diese Position des Rates der Stadt Köln an die Bundesregierung zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Stimme des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.Köln und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde zugestimmt.

II. Gesamtabstimmung in der geänderten Fassung:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich gegen eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und für die Vermeidung von Atomtransporten sowie den endgültigen Ausstieg aus Atomtechnologie aus.

Der Rat spricht sich in diesem Zusammenhang für die Übernahme und Unterstützung der Resolution des Landtages vom 30.11.2010 aus:

1. Jede Laufzeitverlängerung schadet den Interessen von Nordrhein-Westfalen. Die Laufzeitverlängerung ist nicht nur aus Gründen der Sicherheit und der ungelösten Endlagerfrage unverantwortlich, sie zementiert auch die Marktmacht der vier großen Energiekonzerne und verhindert Innovationen, den Ausbau von Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sowie Investitionen von Stadtwerken und neuen Energieunternehmen.
2. Der Landtag spricht den Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen aus Nordrhein-Westfalen, die im Zusammenhang mit dem Castor-Transport 2010 im Einsatz waren, seinen Dank und seine Anerkennung für die unter besonders schwierigen Bedingungen geleisteten Dienste aus.
3. Das seit langem von der Polizei in Nordrhein-Westfalen praktizierte Deeskalationsprinzip hat sich bewährt und sollte dementsprechend auch Maßstab bei schwierigen Einsatzlagen bleiben. Die Aufkündigung des von Rot-Grün gefundenen Atom-Konsenses durch die Bundesregierung und damit der Neuaufbruch eines gesellschaftlichen Großkonflikts, darf nicht länger auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten ausgetragen werden.
4. Für Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung darf in einer modernen Zivilgesellschaft kein Platz sein. Der Landtag verurteilt Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als Straftaten und wünscht den Verletzten auf beiden Seiten eine schnelle Genesung.
5. Der Landtag begrüßt die Ankündigungen des Innenministers, dass die im Zusammenhang mit dem Unterstützungseinsatz geleistete Mehrarbeit ohne Probleme und Wartezeiten finanziell vergütet wird. Er betont die Notwendigkeit, dass auch bei den Castor-Einsätzen die Bestimmungen des Strahlen- und Gesundheitsschutz zum Schutz der eingesetzten Beamtinnen und Beamten unter anderem durch den Einsatz von sog. Filmdosimetern unbedingt beachtet werden müssen.

Der Rat bittet den Oberbürgermeister, diese Position des Rates der Stadt Köln an die Bundesregierung zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Stimme des Oberbürgermeisters gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der

FDP-Fraktion sowie der Fraktion pro Köln bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.Köln und Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde zugestimmt).

**3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Clouth - Erhalt der Halle 10 als Atelier- und Ausstellungsort"
AN/2282/2010**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gebäude 10 (Halle 10) die dauerhafte Nutzung als Atelier- und Ausstellungsort vorzusehen und dazu die notwendigen Schritte zügig einzuleiten. Dies erfolgt unter folgenden Maßgaben:

- Die Überlassung der „Halle 10“ erfolgt unsaniert im jetzigen Zustand im Wege des Erbbaurechts an die dort ansässige Künstlergemeinschaft.
- Die Erbbaurechtsnehmer verpflichten sich auf eigene Kosten und unter Beachtung der behördlichen Auflagen das Objekt zu sanieren und zu erhalten. Diese Eigenleistungen sind bei den Erbpachtkonditionen (Erbpachtzins, Laufzeit) entsprechend zu berücksichtigen.
- Die Halle 25 zu vermarkten, um so die prognostizierten Mindererlöse infolge der Nutzungsänderung für die Halle 10 weitgehend zu kompensieren.
- Die notwendigen planungsrechtlichen Änderungen zügig umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Resolution zum Erhalt und Verbleib der Verkehrsleitzentrale in Köln"
AN/2280/2010**

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung des Landes NRW auf, die Verkehrsleitzentrale Köln unter dem Dach der Bezirksregierung Köln zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie der Fraktion Die Linke.Köln **abgelehnt**.

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Bildung einer Gebühren-Prüfkommission"
AN/2278/2010

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Gebührenprüfkommission einzusetzen, die unter objektiven Gesichtspunkten alle städtischen Verwaltungsgebühren sowie die Entgelte, die von stadteigenen Unternehmen von den Kölner Bürgern erhoben werden, einer Überprüfung unterzieht.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten 1.1; 3.1.3; 3.1.11; 4.1; 6.1.2 und 6.1.3 behandelt.

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Benennung einer Straße/eines Platzes nach Irene Ludwig"
AN/2292/2010

Diese Angelegenheit wurde von der Antrag stellenden Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V – Seite 7).

3.1.10 Dringlichkeitsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Moratorium für Entscheidung bzgl. Umzug IWZ Fachhochschule Köln"
AN/2364/2010

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer V – Seite 7).

**3.1.11 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzen der Erhöhung des Gewerbesteuersatzes ab 1.1.2011"
AN/2363/2010**

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Die Erhöhung des Gewerbesteuersatzes von 450 v. H. auf 475 v. H. nach § 6 Nr. 2 der Haushaltssatzung ab dem 1. Januar 2011 wird ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten 1.1; 3.1.3; 3.1.8; 4.1; 6.1.2 und 6.1.3 behandelt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**3.2.1 Verbesserung der medizinischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler hier: Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 04.11.2010
4798/2010**

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Gesundheitsausschusses aus seiner Sitzung am 07.12.2010:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz erarbeiteten Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler den politischen Gremien zur Kenntnis und ggf. Beschlussfassung vorzulegen.

Der Rat beauftragt ferner die Verwaltung mit der zeitnahen Entwicklung und Umsetzung eines Handlungskonzeptes, das eine intensive Zusammenarbeit des Gesundheitsamtes mit anderen städtischen Ämtern ermöglicht. Zielsetzung hierbei soll sein, tragfähige Lösungen für den Verbleib, den Ausbau bestehender bzw. die Ansiedlung neuer Arztpraxen im Bezirk 6 gemeinsam mit den betroffenen Ärzten zu finden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Erhöhung von Gebühren und Beiträgen"
AN/2345/2010**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten 1.1; 3.1.3; 3.1.8; 3.1.11; 6.1.2 und 6.1.3 behandelt.

**4.2 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Kostenschätzung für den Fall einer Verlagerung des FWI-FH"
AN/2348/2010**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Untersuchungsergebnisse verkehrstechnischer und umweltbelastender Folgen bei Rheinuferquerung der Nord-Süd-Stadtbahn"
AN/2349/2010**

Die Verwaltung teilt mit, dass die Anfrage noch nicht beantwortet werden konnte. Die Antwort werde aber so schnell wie möglich an Ratsmitglied Klaus Hoffmann und die anderen Fraktionen sowie Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) nachgereicht

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Finanzierung und Durchführung von Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten - Resolution an die Bundesregierung 4873/2010

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert von der Bundesregierung, speziell vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Richtlinien zur Finanzierung und Durchführung von Integrationskursen zu ändern.

Im Einzelnen gibt es folgende Änderungsbedarfe:

1. Die **Zuschlagskürzungen** pro Teilnehmer und Kurseinheit müssen zurückgenommen werden.
Eine weitere Verschlechterung der finanziellen Ausstattung schwächt die Kursanbieter, schränkt die Flexibilität der Anbieter auf die Gruppenzusammensetzung noch weiter ein und führt dazu, dass die Qualität des Lehrpersonals nicht aufrecht erhalten werden kann. Dazu zählt auch, dass die Leistungsvergütung an die Träger von Integrationskursen zeitnah erfolgt.
2. Von **Einschränkungen bei Alphabetisierungskursen** ist Abstand zu nehmen. Besonders für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Kurse ist der Zugang zum Bildungssystem wichtig.
3. Die **Wiederholung des Aufbaumoduls** muss auch weiterhin möglich sein, wenn die Deutschkenntnisse trotz ordnungsgemäßem Kursbesuch für das nächste Level nicht ausreichen.
Immerhin 14 % der entsprechenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer schaffen die Anforderungen nicht ohne Wiederholung. Diesen Menschen würde der Zugang zur deutschen Sprache nach den neuen Richtlinien versperrt.
4. Der **Vorrang von Vollzeit- gegenüber Teilzeitkursen** muss aufgehoben werden.
Beide Kursformen sollten gleichwertig angeboten werden. Besonders Frauen sind aufgrund familiärer Verpflichtungen nicht in der Lage, an einem Vollzeitkurs teilzunehmen und bleiben damit trotz entsprechenden Interesses außen vor.
5. Eine **Absenkung des Kinderbetreuungsschlüssels** von 12 auf 6 Kinder ohne die finanzielle Berücksichtigung des Ausbaus der Personalstruktur führt zu fehlender Kinderbetreuung, die besonders für die unter 3-Jährigen dringend benö-

tigt wird. Hiervon betroffen sind wiederum überwiegend Frauen, die von Integrationsangeboten nicht erreicht werden können.

6. Der **Zugang von Interessierten**, die nicht zu den Kursen verpflichtet sind muss erleichtert werden.

Mit dieser Regelung werden EU-Bürger gegenüber Drittstaatlern (die ja zur Kursteilnahme verpflichtet sind) benachteiligt. Sie betrifft aber auch Empfänger von Arbeitslosengeld I, die zur Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit dringend ihre Deutschkenntnisse verbessern müssen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln 4367/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln (Abfallsatzung – AbfG-) in der beigefügten Fassung (siehe Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

6.1.2 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) 4378/2010

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die zur Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung –AbfGS-) erstellte Gebührenberechnung zustimmend zur Kenntnis (Anlagen 4 – 9).
2. Der Rat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung –AbfGS-) in der als Anlage 2

beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke.Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten 1.1; 3.1.3; 3.1.8; 3.1.11; 4.1 und 6.1.3 behandelt.

**6.1.3 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS)
4222/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2375/2010**

Beschlüsse:

I. Beschluss über Ziffer 1 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung – StrReinS) in der in Anlage 5 der Beschlussvorlage paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie mit der Stimme des Oberbürgermeisters gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke.Köln sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

II. Beschluss über Ziffer 2 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

2. Der Rat sieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Einführung einer Winterdienstgebühr zum 1.1.2011 gemäß vorgelegter Satzung (Anlage 4 der Beschlussvorlage) ab, da eine ausgewogene und gerechte Gebührenerhebung derzeit nicht darstellbar ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

III. Beschluss über Ziffer 3 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

3. Durch die Einführung einer Winterdienstgebühr sollte im Haushalt eine Verbesserung von 3,135 Mio. Euro erzielt werden. Um die nachhaltigen Konsolidierungsziele für die städtischen Finanzen zum weiteren Abbau des Fehlbetrags zu erreichen, wird die Verwaltung beauftragt, für das Haushaltsjahr 2011 auf der Einnahmen- bzw. der Ausgabenseite eine alternative Deckung vorzuschlagen und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen,

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke.Köln sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

IV. Beschluss über Ziffer 4 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Möglichkeiten für eine Finanzierung der Winterdienstkosten mit dem Ziel zu prüfen, eine für alle Bürgerinnen und Bürger gerechte Finanzierung zu erreichen. Die Vor- und Nachteile einer gerecht gestalteten Gebührenfinanzierung bzw. anderer Finanzierungsmodelle, sind dem Rat rechtzeitig vor der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2012 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie mit der Stimme des Oberbürgermeisters zugestimmt.

V. Gesamtabstimmung in der geänderten Fassung:

1. Der Rat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung – StrReinS) in der in Anlage 5 der Beschlussvorlage paraphierten Fassung.
2. Der Rat sieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Einführung einer Winterdienstgebühr zum 1.1.2011 gemäß vorgelegter Satzung (Anlage 4 der Beschlussvorlage) ab, da eine ausgewogene und gerechte Gebührenerhebung derzeit nicht darstellbar ist.
3. Durch die Einführung einer Winterdienstgebühr sollte im Haushalt eine Verbesserung von 3,135 Mio. Euro erzielt werden. Um die nachhaltigen Konsolidierungsziele für die städtischen Finanzen zum weiteren Abbau des Fehlbetrags zu erreichen, wird die Verwaltung beauftragt, für das Haushaltsjahr 2011 auf der Einnahmen- bzw. der Ausgabenseite eine alternative Deckung vorzuschlagen und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen,
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Möglichkeiten für eine Finanzierung der Winterdienstkosten mit dem Ziel zu prüfen, eine für alle Bürgerinnen und Bürger gerechte Finanzierung zu erreichen. Die Vor- und Nachteile einer gerecht gestalteten Gebührenfinanzierung bzw. anderer Finanzierungsmodelle, sind dem Rat rechtzeitig vor der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2012 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

Anmerkungen:

Ratsmitglied Detjen beantragt über die Ziffern des Änderungsantrages einzeln abzustimmen.

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten 1.1; 3.1.3; 3.1.8; 3.1.11; 4.1 und 6.1.2 behandelt.

**6.1.4 Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013;
Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII
hier: Änderung der "Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu
Kindertageseinrichtungen und außerunterrichtlichen Angeboten der Of-
fenen Ganztagschulen"
4866/2010**

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. die Änderung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen“ durch Aufnahme der Kindertagespflege. Die neue Satzung in der als Anlage 2 beigefügten paraphierten Fassung tritt zum 01. Januar 2011 in Kraft.
2. für Kinder, die zum Stichtag 01.01.2011 bereits einen Zuschuss zur Kindertagespflege erhalten, wird die Heranziehung bis zum 31.07.2011 höchstens im bisher bewilligten Umfang begrenzt. Sind die Regelungen nach Ziffer 1 für die Eltern günstiger, so sind diese anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

**6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
der Stadt Köln
3398/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/2367/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann
(Deine Freunde)
AN/2369/2010**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):

In § 5 Absatz (1) wird der erste Satz wie folgt ergänzt:

§ 5 Aktuelle Stunde (1) Auf Antrag der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters, einer Fraktion, einer Gruppe, oder eines Ratsmitgliedes findet eine aktuelle Stunde statt.

§ 5 (3) erster Satz wird dementsprechend geändert in: 3) Das Thema für eine aktuelle Stunde kann von der Oberbürgermeisterin/vom Oberbürgermeister, den Fraktionen, einer Gruppe oder einem Ratsmitglied angemeldet werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme Die Linke.Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln:

In § 30 Absatz (2) wird der erste Satz ersatzlos gestrichen.

In § 30 Absatz (3) werden die letzten Worte „sind nur mit deren/dessen Zustimmung und der Zustimmung aller Ratsmitglieder zulässig“ durch folgende ersetzt: „die Sitzungsleiterin/der Sitzungsleiter informiert vor Beginn der Sitzung die Ratsmitglieder hierüber.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke.Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

III. Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales aus seiner Sitzung am 06.12.2010:

Der Rat beschließt die Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln gemäß der in Anlage 1 beiliegenden Fassung inklusive der zusätzlichen Änderungen aus Anlage 4.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion zugestimmt.

- 7 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2010 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 5074/2010**

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch den Kämmerer/Fachbeigeordneten in der Zeit vom 09.11.2010 bis 29.11.2010 für das Haushaltsjahr 2010 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2010 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die teilweise haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. **300.000 EUR** in **Teilplan 0207** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Deckung:

Mehrerträge i. H. v. 300.000 EUR in **Teilplan 0207** in Zeile 4 (öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

2. **1.617 EUR** in **Teilplan 0414** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Deckung:

Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.617 EUR in **Teilplan 0111** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2010 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. **7.650EUR** in **Teilplan 0111** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 7.650 EUR in **Teilplan 0418** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

2. **16.210,78 EUR** in **Teilplan 0414** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 16.210,78 EUR in **Teilplan 0404** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Überplanmäßige Ausgaben

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0111 - Sonstige Innere Verwaltung im Bereich der Personalvertretungen für das Haushaltsjahr 2010 4950/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 GO NW in Höhe von 55.000 € im Teilplan 0111 - Sonstige Innere Verwaltung im Bereich der Personalvertretungen in der Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2010. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch zahlungswirksamen Wenigeraufwand im Teilplan 0103 - Personalmanagement in der Teilplanzeile 16, Haushaltsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2010 5256/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NW in Höhe von insgesamt 1.913.300 € im Teilplan 0106 – Zentrale Dienstleistungen – in der Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 1.420.000 €) und in der Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen mit 493.300 €) im Haushaltsjahr 2010.

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksamen Wenigeraufwand im Teilplan 0104 – IT- und Kommunikationsdienste – bei Teilplanzeile 16 mit 24.300 € sowie im Teilplan 0105 – Organisationsmanagement – bei Teilplanzeile 16 mit 372.000 €.

Der verbleibende Mehraufwand in Höhe von 1.517.000 € wird durch Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer im Teilergebnisplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, in Teilplanzeile 1, Steuern und ähnliche Abgabe im HJ 2010 gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Ausgaben

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Sonderförderungen der Kindertageseinrichtung "Waldstrolche am Forstbotanischen Garten" e.V., Postfach 50 18 45, 50978 Köln 3352/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass der „Waldstrolche am Forstbotanischen Garten“ e.V.

- a) die aus dem Kindergartenjahr 2008/2009 eingesparten 16.995,00 Euro der zweckgebundenen Sonderförderung zur Deckung ihres finanziellen Defizits im Kindergartenjahr 2009/2010 verwenden darf;
- b) zusätzlich für das Kindergartenjahr 2009/2010 eine Sonderförderung von 14.957,61 Euro erhält;
- c) auch für das Kindergartenjahr 2010/2011 eine Sonderförderung in Höhe von bis zu 30.042,39 Euro erhalten wird.

Entsprechende Mittel stehen im Doppelhaushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 0603, Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Freiwillige Versicherung - 4272/2010

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011 im Versicherungszweig der Freiwilligen Versicherung wie folgt fest:

Erfolgsplan:

	Ansatz 2011 EUR
<u>Erträge und Aufwendungen</u>	
Beiträge und sonstige Erträge	3.158.000
Zulagen	294.100
Erträge aus Kapitalanlagen	958.200
Aufwendungen für Versicherungsfälle	././ 219.800
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und -rückgewähr	././ 98.600
Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen	././ 3.512.600
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	././ 71.000
Aufwendungen für Kapitalanlagen	././ 5.300
Versicherungstechnisches Ergebnis	<hr/> 503.000
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	7.100
Jahresüberschuss / Einstellung in die Verlustrücklage	././ 510.100
Bilanzgewinn	<hr/> 0

Vermögensplan:

Ansatz 2011
EUR

Mittelherkunft

Tilgung von Wertpapieren	1.000.000
Abschreibungen	0
Jahresüberschuss	510.100
Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	3.512.600
Mittelverwendung	
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	5.022.700

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Pflichtversicherung - 4304/2010

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011 im Versicherungszweig der Pflichtversicherung wie folgt fest:

Erfolgsplan:

	Ansatz 2011 EUR	
<u>Erträge und Aufwendungen</u>		
Umlagen und sonstige Erträge	69.479.200	
Zusatzbeiträge	37.291.300	
Erträge aus Kapitalanlagen	26.014.400	
Aufwendungen für Versicherungsfälle	./.	88.048.500
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und -rückgewähr	./.	1.672.600
Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen	./.	40.135.700
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	./.	2.383.000
Aufwendungen für Kapitalanlagen	./.	550.100
Versicherungstechnisches Ergebnis	./.	5.000
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		5.000
Jahresüberschuss		0

Vermögensplan:

	Ansatz 2011 EUR
<u>Mittelherkunft</u>	

Tilgung Darlehen Mitglieder	1.809.927
Tilgung von Wertpapieren	15.711.292
Abschreibungen	315.638
Jahresüberschuss / Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	40.135.700
<u>Mittelverwendung</u>	
Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.000
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	57.942.557

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.4 Überörtliche Prüfung der bestimmungsgemäßen Verwendung zweckgebundener Staatszuweisungen "für kommunale Orchester, Musikschulen und Musikfeste" der Stadt Köln von Juli 2009 bis Januar 2010 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 4405/2010

Beschluss:

Der Rat nimmt den Prüfbericht der GPA NRW über die Überörtliche Prüfung von Staatszuweisungen in der Stadt Köln von Juli 2009 bis Januar 2010 zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird aufgefordert, den im Prüfbericht gemachten Empfehlungen nachzukommen, die getroffenen Feststellungen auszuräumen und die hierzu notwendigen Verfahrensoptimierungen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.5 Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (AVG) hier: Verschmelzung der Tochtergesellschaften BAV GmbH und GVG mbH 4799/2010

Beschluss:

Der Rat stimmt der Verschmelzung der BAV Baustellenabfall-Verwertung GmbH (BAV) auf die GVG Gewerbeabfallsortierung und Verwertung Gesellschaft Köln mbH (GVG) zum 01.01.2011 gemäß dem in der Anlage 1 beigefügten Verschmelzungsvertrag zu.

Der Rat stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der GVG gemäß der in der Anlage 2 dargestellten Synopse zu.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörden oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.6 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2009 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
4308/2010**

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2009 fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Einrichtung einer Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger in sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung) für die Stadt Köln
3267/2010**

Beschlüsse:

I. Gemäß Antrag von Ratsmitglied Schöppe beschließt der Rat über die Alternative des Beschlussvorschlages abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

II. Beschluss über die Verwaltungsvorlage in der Fassung der Empfehlung des Gesundheitsausschusses aus seiner Sitzung am 07.12.2010:

Der Rat beschließt die Übernahme der Kosten für die Einrichtung und den laufenden Betrieb einer Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger in sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung) für die Stadt Köln.

Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, einen Dienstleistungsvertrag für die Dauer von zunächst vier Jahren mit dem Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit der Universität Bonn abzuschließen. Die mit der Umsetzung verbundenen haushaltsmäßigen Auswirkungen in Höhe von 105.000 € p. a. ab 2011 wurden im Rahmen der Erstellung des Doppelhaushaltes 2010/2011 sowie der mittelfristigen Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2012 ff berücksichtigt.

Der Rat bittet die Verwaltung, als erste Arbeitsschritte im Rahmen des MRE-Netzwerkes das MRSA-Screening in allen Kölner Kliniken zu fördern und einen Maßnahmenkatalog mit den Kliniken zu erarbeiten und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

- 10.8 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung**
hier: Aufgabe 1000-7.6 Übernahme Telefonservice im Rahmen Kooperationen, Einsparvorschlag Nr. 1 Anpassung der Preise für sämtliche Kooperationspartner des Call-Centers auf 1,47 € pro Produktivminute" 4665/2010

Beschluss:

Der Rat erklärt sich damit einverstanden, die im Band 2 zum Doppelhaushalt 2010/2011 aufgeführte Maßnahme 1000-7.6., Nr. 1 „Anpassung der Preise für sämtliche Kooperationspartner des Call-Centers auf 1,47 € pro Produktivminute“ nicht weiter zu verfolgen und stattdessen die Ersatzmaßnahme „Optimierung der Produktivität bei 1000/7“ umzusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die sich hieraus ergebenden haushaltsmäßigen Veränderungen im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2012 im Teilergebnisplan 0106, Zentrale Dienstleistungen, zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das
Wirtschaftsjahr 2009 der Beihilfekasse
4664/2010**

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2009 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresfehlbetrag wird durch den städtischen Haushalt ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für
das Wirtschaftsjahr 2011
4788/2010**

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2011 (Anlage 1) fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2011 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

9,01 % für Beihilfen Beamte/Beamtinnen (Vorjahr 8,72 %)

0,08 % für Pflegeversicherung Beamte/Beamtinnen (Vorjahr 0,07 %)

0,12 % für Beihilfen Beschäftigte (Vorjahr 0,13 %)

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 20.543.776 Euro (Vorjahr 19.497.700 Euro) für Beihilfen an Versorgungsempfänger/Versorgungsempfängerinnen.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.11 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV 3379/2010

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 6).

10.12 Mitgliedschaft der Stadt Köln im "Filmforum NRW e.V" 4741/2010

Beschluss:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Mitgliedschaft der Stadt Köln ab 01.01.2011 von einem Vertreter der Stabsstelle Medien wahrgenommen wird.
- 2) Der Rat beschließt weiterhin, dass der Mitgliedsbeitrag in Höhe von 10.000,-- Euro p.A. haushaltsneutral aus den verfügbaren Mitteln aufgewendet werden soll. Die Deckung erfolgt zulasten der im Teilergebnisplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus - in Teilplanzeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen.. Die Mittel stehen durch die Verringerung der Miete für das Büro „Mediencluster NRW“ von mindestens 10.000,-- Euro ab 2011ff zur Verfügung.
- 3) Der Rat nimmt die neue Satzung des Vereins „Filmforum NRW e.V.“ und die darin beschriebene besondere Rolle des Museum Ludwig zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.13 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-1021, Im Laach Umbau der Kreuzung Lungengasse

2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzpla-

nes hier: Teilplan1201, Straßen, Wege, Plätze Finanzstelle 6601-1201-1-1021, Im Laach Umbau der Kreuzung Lungengasse 4783/2010

Beschluss:

1. Der Rat stimmt der Erhöhung der investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-1021, Im Laach, Umbau der Kreuzung Lungengasse um 110.000 € zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 260.000 € statt bisher 150.000 €.
2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 260.000 € bei Finanzstelle 6601-1201-1-1021, Im Laach, Umbau Kreuzung Lungengasse, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.14 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010
4916/2010**

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 6).

**10.15 Köln - Stadt der Vielfalt
Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes
3130/2010**

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Gesundheitsausschusses aus seiner Sitzung am 07.12.2010:

Der Rat nimmt den vorliegenden Sachstandsbericht zustimmend zur Kenntnis und erklärt sich mit der geplanten weiteren Vorgehensweise zur Erstellung eines Diversity-Konzepts für die Stadt Köln einverstanden.

Dabei soll der Diversity-Ansatz bei allen bisher beschlossenen Konzepten, wie Integrationskonzept etc., überprüft werden. Zu gegebener Zeit soll darüber ein Sachstandsbericht vorgelegt werden.

Die weitere Entwicklung des Diversity-Konzeptes soll haushaltsneutral erfolgen. Zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen müssen für die Erarbeitung nicht bereit gestellt werden, da die weiteren Maßnahmen von den beteiligten Dienststellen im Rahmen der bestehenden Aufgaben durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.16 Gemeinschaftsschulen für Köln 4553/2010

Beschluss:

1. Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 SchulG NRW in Verbindung mit § 25 Abs. 1 und 4 die Errichtung der dreizügigen Gemeinschaftsschulen
Ferdinandstraße 43, 51063 Köln - Mülheim
Rochusstraße 147, 50827 Köln - Bickendorf
Wuppertaler Straße 19, 51067 Köln - Buchheim
zum 01.08.2011, beginnend mit der Jahrgangsstufe 5, als Schulversuch. Die Gemeinschaftsschulen werden gem. § 9 SchulG NRW als Ganztagschulen geführt.
2. Der Rat der Stadt Köln begrüßt ausdrücklich, dass die pädagogischen Konzepte der drei unter Nr. 1 genannten Schulen ein inklusives Bildungsangebot vorsehen
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW - über die Bezirksregierung Köln – fristgerecht bis zum 31.12.2010 einen Antrag zur Genehmigung der Gemeinschaftsschulen einzureichen.
4. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die neue Gemeinschaftsschule Rochusstraße ab dem Schuljahr 2012/13 an den beiden Teilstandorten Rochusstraße 147 und Borsigstraße 13 (ehem. Hauptschultrakt) geführt wird.
5. Der Rat beschließt unter dem Vorbehalt der durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW erteilten Genehmigungen zur Errichtung der unter Nr. 1 genannten Gemeinschaftsschulen die Schließung der Hauptschulen Rochusstraße 147, 50827 Köln - Bickendorf (Montessori-Hauptschule) und Ferdinandstraße 43, 51063 Köln - Mülheim (Montessori-Hauptschule) gem. § 81 Abs. 2 SchulG NRW zum 31.07.2011. Die Schulen laufen aus.
6. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Finanzmittel für den Betrieb der neuen Gemeinschaftsschulen - vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung 2010/2011 - gemäß den Ausführungen in der

Begründung in den entsprechenden Haushaltsjahren bereitzustellen

Die im Hj. 2011 entstehenden zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 4.905,93 € werden im Rahmen des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben, bereitgestellt. Die in den Folgejahren zusätzlich entstehenden Personalkosten (Hj. 2012 = 14.321,24 €, Hj. 2013 = 21.213,70 €, Hj. 2014 = 28.728,97 €, Hj. 2015 = 36.860,62 €, Hj. 2016 = 45.000,74 €, ab Hj. 2017 = 48.301,04 €) sind bei der Veranschlagung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich bereitzustellen.

Der erhöhte Bedarf im Mietbudget des Schulverwaltungsamtes (Hj. 2016 = 90.500 €, ab Hj. 2017 = 217.000 €) wird im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich bereitgestellt.

Darüber hinaus genehmigt der Rat der Stadt Köln, das die zur Beschaffung der erforderlichen Einrichtung erforderlichen Mittel (80.000 €) zum Hj. 2016 im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitgestellt werden. Die Finanzierung der Einrichtung erfolgt aus Mitteln der Bildungspauschale.

7. Der Rat beschließt zum Stellenplan 2012 die Zusetzung einer Stelle Schulsekretär/in in der VGr.VIb BAT (EG 6TVöD). Da die Einrichtung von Stellenanteilen vor dem Inkrafttreten des Stellenplanes 2012 notwendig ist, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.
8. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Stimme des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.Köln sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.17 Auflösung der Katholischen Grundschule Palmstraße 1, 50672 Köln - Altstadt-Nord zum 31.07.2011 4811/2010

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG):

1. Die Katholische Grundschule Palmstraße 1, 50672 Köln, wird zum 31.07.2011 aufgelöst.

2. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.18 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010**

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 6).

**10.19 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs.2 GemHVO in
Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre
2008/2009 in analoger Anwendung bei Finanzstelle 5100-0604-0-4000,
Baumaßnahmen,
hier: Gebäudesanierung Jugendzentrum Sülz(JuZi), Sülzburgstr.112-
118,50937 Köln
4375/2010**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Vertagungsantrag von Ratsmitglied Klipper:

Der Rat beschließt, die Entscheidung über die Angelegenheit zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung um 227.500,- € von 250.000,- € auf 477.500,- € für die Gebäudesanierung des Jugendzentrums Sülz, Sülzburgstr 112-118 gemäß § 24 Abs.2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2008/2009 in analoger Anwendung zur Kenntnis. Zugleich beschließt der Rat zur abschließenden Finanzierung der Maßnahme die Freigabe investiver Auszah-

lungsermächtigungen in Höhe von 227.500 € im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Finanzstelle 5100-0604-0-4000, Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke.Köln sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

10.20 KölnPass: Aufrechterhaltung des Erstattungsanspruches der KVB im Rahmen der Finanzierung der KölnPass-Tarife im Haushaltsjahr 2010 4409/2010

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt bei gleichzeitigem Verzicht für 2010 auf die Umsetzung der Maßnahme 50.19 aus der Liste von Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG zur Finanzierung der ermäßigten KölnPass-Tickets auch für das zweite Halbjahr 2010 einen Ausgleich in Höhe von 2,40 € je 4er Ticket sowie 4,90 € je Monatsticket im KölnPass-Tarif zu gewähren.

Der hierdurch im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, entstehende zahlungswirksame Mehraufwand von 1,1 Mio. € wird überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung des vg. Mehraufwandes erfolgt durch Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in entsprechender Höhe im Teilergebnisplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, in Teilplanzeile 1, Steuern und ähnliche Abgaben.

Soweit in 2010 eine Förderung von Sozialtickets durch Dritte (z.B. das Land Nordrhein-Westfalen) erfolgt, wird die Kölner Verkehrs-Betriebe AG die von der Stadt Köln erhaltenen Ausgleichsleistungen zurück erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.21 SGB II-Neuorganisation; Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Köln 4870/2010

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Soziales und Senioren aus seiner Sitzung am 14.12.2010:

1. Die Stadt Köln wird zur Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) mit der Agentur für Arbeit Köln zum 01.01.2011 eine gemeinsame Einrichtung (Jobcenter) im Sinne des § 44b SGB II bilden.
2. Der Rat der Stadt Köln erwartet, dass bei der künftigen Aufgabenwahrnehmung weiterhin die regionale Bedarfssituation berücksichtigt wird. Zur Verbesserung der Integration des zu betreuenden Personenkreises soll das Jobcenter unter Berücksichtigung des Vergaberechts die vorhandenen Trägerstrukturen und die enge Verzahnung mit dem Kölner Hilfesystem nutzen.
3. Der Rat der Stadt Köln beschließt die Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Köln in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Außerdem bittet der Ausschuss für Soziales und Senioren um nachfolgende Ergänzungen der Kooperationsvereinbarung.

Ergänzung des letzten Absatzes der Präambel wie folgt:

- „Die gemeinsame Einrichtung in Köln berücksichtigt das Prinzip des Gender Mainstreaming und der Inklusion. Sie fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile, vor allem für Menschen mit Behinderung, hin.“

Zusetzung eines weiteren Punktes in § 8 Finanzplanung:

- (6) Die Finanzplanung ist des Weiteren dem Beirat der ArGE sowie dem entsprechenden Fachausschuss des Rates der Stadt Köln zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

10.22 Kliniken der Stadt Köln gGmbH hier: Übernahme von Ausfallbürgschaften 5056/2010

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass die Stadt Köln zugunsten der Kliniken der Stadt Köln gGmbH selbstschuldnerische, modifizierte Ausfallbürgschaften für Darlehen in Höhe von bis zu 54,16 Mio. € für die Finanzierung des Neubaus

von Haus 20B am Standort Köln-Merheim übernimmt. Bei der Aufnahme der Darlehen sind die jeweils am Kapitalmarkt günstigsten Konditionen zugrunde zu legen. Die Bürgschaft ist nur zu banküblichen Konditionen zu vergeben, d. h. ein etwaiger Wettbewerbsvorteil der Kliniken der Stadt Köln gGmbH aus der Bürgschaftsgewährung wird über die Erhebung eines Bürgschaftsentgelts abgeschöpft.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.23 Abschluss einer Vereinbarung zur Ausweitung der Kooperation mit der Stadt Siegburg auf Stufe 2
2183/2010**

Beschluss:

Der Rat stimmt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Siegburg zur Übernahme des Telefonservices in Stufe 2 durch das Call-Center der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.24 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes "Wallraf - Der Museumsbus"
4507/2010**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Mittelverwendung zur Finanzierung einer Stelle Museumspädagoge/in VGr. II hD BAT beim Museumsdienst der Stadt Köln zur Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes „Wallraf - Der Museumsbus“ bis zum 31.12.2011. Die Finanzmittel stehen zur Verfügung im Teilplan 0411, TPZ 11 – Personalaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.25 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung;
hier: Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 7, Erhöhung Beiträge zum Mittagessen
5062/2010**

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlage 1 beigefügte Bedarfsberechnung zur Kenntnis.

Gleichzeitig beschließt er die Festsetzung des Essensgelds für die städtischen Kindertageseinrichtungen ab 01.01.2011 auf 2,50 € je Portion.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Stimme des Oberbürgermeisters gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke, Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) zugestimmt.

**10.26 Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013
hier: Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII
4875/2010**

Beschluss:

In Bestätigung und gleichzeitiger Ergänzung seines Ratsbeschlusses vom 10.02.2009 zur Ausbauplanung der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige fasst der Rat der Stadt Köln im Hinblick auf die Betreuung in der Kindertagespflege folgenden Beschluss:

3. Eltern, deren Kinder in der Kindertagespflege betreut werden, zahlen den gleichen Elternbeitrag wie die Eltern von Kindern, die einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung belegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträge zu Tageseinrichtungen für Kinder und außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagschulen entsprechend zu ergänzen.
5. Die Tagespflegepersonen erhalten ab dem 1. Januar 2011 für Kinder, die vom Amt für Kinder, Jugend und Familie (oder von einem freien Jugendhilfeträger gemäß Ziff. 5 dieses Beschlusses) vermittelt werden, je Betreuungsstunde und Kind ein laufendes Entgelt von 3,50 € zuzüglich der anteiligen Sozialversicherungsbeiträge nach § 23 Abs. 2 SGB VIII.

6. Der Ratsbeschluss vom 25.02.1992 zur Förderung in Kindertagespflege (Beschlussbuch 3180) wird aufgehoben.
7. Den Trägern der freien Jugendhilfe werden mit entsprechendem finanziellen Ausgleich die folgenden Aufgaben der Kindertagespflege übertragen:
 - Werbung / Akquise / erste Eignungseinschätzung von Tagespflegepersonen
 - Qualifizierung / Fortbildung
 - Vermittlung von Kindern in Kindertagespflege.
8. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes. Im Doppelhaushalt 2010/2011 sind für das Haushaltsjahr 2011 insgesamt zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen i.H.v. 10.162.777 € im Teilergebnisplan 0603, Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) berücksichtigt. Die Finanzierung der geplanten Ausbauschritte im Haushaltsjahr 2011 ist somit sicher gestellt. Die vollständige Inanspruchnahme des Ansatzes steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer erhöhten Finanzierungsbeteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen in Folge des Urteils des Verfassungsgerichtshofes NRW zum Kinderförderungsgesetz (KiFöG) im Hinblick auf das Konnexitätsprinzip.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.27 Errichtung eines Familienparks unter der Zoobrücke in Köln-Mülheim 3547/2010

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit Errichtung des Familienparks unterhalb der Zoobrücke in Köln-Mülheim, mit Gesamtkosten von 923.575,65 Euro. und beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen von 912.075,65 Euro für die Errichtung des Familienparks aus dem Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.28 Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz 3261/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt ab dem 01.01.2011 aufgrund der Aufnahme dieser Leistung in die Regelversorgung die unbefristete Integration der heroingestützten (diamorphingestützte) Behandlung Opiatabhängiger in die städtische Substitutionsambulanz.

In diesem Zusammenhang beschließt der Rat:

- A. Die unbefristete Verlängerung der bis zum 31.12.2010 befristet eingerichteten Planstellen
- 0,5 Stelle Fachärztin/Facharzt VGr. Ib/Ia Fgr. 1/1 BAT (E 15 TVöD)
 - 2,0 Stellen Gesundheits- und Krankenschwester/-pfleger Kr. VI VGr. 7 BAT (E 9a TVöD)
 - 0,25 Stelle Bürosekretärin/Bürosekretär VGr. VIII + TX BAT (E 5 TVöD).
- B. Zur Sicherung der seitens der kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein geforderten Bündelung der medizinischen Kompetenzen die unbefristete Zusetzung von
- 1,0 Stelle Fachärztin/Facharzt VGr. Ib/Ia Fgr. 1/1 BAT (E 15 TVöD).
- Eine entsprechende Verrechnungsstelle wird verwaltungsintern für das Jahr 2011 zur Verfügung gestellt.
- C. Zur Sicherstellung der psychosozialen Betreuung der Klientel einen überplanmäßigen Aufwand im Bereich der Pflichtleistungen aus Eingliederungshilfe für die Drogenhilfe Köln gGmbH in Höhe von 140.000 € für das Haushaltsjahr 2011.
- D. Die überplanmäßige Erhöhung des Sachaufwandes zur Beschaffung des Heroins und Durchführung von Laborzusatzleistungen sowie Anpassung des arbeitsplatzbezogenen Aufwands um 158.700 €, auf 312.900 € für das Haushaltsjahr 2011.

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen zu A. und B. in Höhe von 221.500 € (Personalaufwand) p.a. ab 2011, wurden im Rahmen des Doppelhaushaltes 2010/2011 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste berücksichtigt.

Die Deckung der überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2011 zu C. in Höhe von 140.000 € im Teilplan 0501 – Leistungen nach dem SGB XII, Teilplanzeile 15 – Transferleistungen, erfolgt in Höhe von 120.230 € durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilplan 0701 – Gesundheits-

dienste, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen (Z. an Drogenhilfe e. V.) sowie in Höhe von 19.770 € durch zahlungswirksame Mehrerträge aus der Refinanzierung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 7 – sonstige ordentliche Erträge.

Die Deckung der überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2011 zu D. in Höhe von 155.100 € im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie in Höhe von 3.600 € in Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen, erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge aus der Refinanzierung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 7 – sonstige ordentliche Erträge.

Ab 2012 werden die Mittel im Rahmen der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2012 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.29 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010 5223/2010

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Integrationsrates aus seiner Sitzung am 13.12.2010:

Der Rat beschließt

1. die Verteilung der im Haushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Fördermittel in Höhe von 380.000 € für die anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010 gemäß Anlagen 2.1 – 2.3,
2. die Ablehnung des Antrages des Islamischen Kulturvereins e.V. – siehe Anlage 4 sowie
3. eine Verwendung der Restmittel in Höhe von 4.000 € für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Interkulturellen Zentren.

Der Rat beauftragt die Verwaltung außerdem unter Beachtung der Voraussetzungen des § 82 GO (vorläufige Haushaltsführung), mit der Auszahlung der entsprechenden Abschlagszahlung für das IV. Quartal 2010 (Abschlagszahlungen für die Quartale I. bis III. unter Beachtung von § 82 GO wurden geleistet).

Der Rat bittet die Kämmerin die Haushaltsmittel für Fort- und Weiterbildung, soweit sie nicht mehr in 2010 verausgabt werden können, nach Möglichkeit in das Haushaltsjahr 2011 zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.30 Durchführung von drittmittelfinanzierten Projekten im Rahmen des ESF-BAMF-Programms "Berufsbezogene Sprachförderung" 4660/2010

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, sich an dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Nutzung von Drittmitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge koordinierten Bundesprogramm „Berufsbezogene Sprachförderung“ im Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 zu beteiligen.

Der Rat beschließt zur Durchführung der Sprachfördermaßnahmen die Einrichtung drittmittelfinanzierter Planstellen, befristet vom 01.01.2011 bis 31.12.2013, in voraussichtlich folgendem Umfang:

2,0 Stellen pädagogische Mitarbeiter (VGr. II BAT/E 13 TVöD - Projektleitung),

3,2 Stellen Sozialpädagogen (VGr. Vb BAT, S 12 TVöD – Jobcoach),

4,9 Stellen Verwaltungsangestellte (Vgr. Vc BAT/E 8 TVöD – Projektsachbearbeitung),

2 Stellen Projektassistenz (VGr. VIb BAT/E 6 TVöD -Projektassistenz).

Der Höchstförderbetrag für die Personalkosten richtet sich nach TVöD Bund.

Die Stellenanzahl basiert auf dem Bedarf bei einem realistisch durchführbaren Kursvolumen, richtet sich aber abschließend nach den konkreten Erfordernissen.

Deckung der dadurch zusätzlich entstehenden Personalaufwendungen in Höhe von 1.846.778 € erfolgt durch Mehrerträge über Drittmittel aus der Durchführung von Projekten in gleicher Höhe im Teilplan 0414 – Volkshochschule, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen. Fehlbeträge werden aus dem Dezernatsbudget gedeckt.

Die Stellen werden grundsätzlich extern besetzt, um sicherzustellen, dass eine vollständige Refinanzierung der Personalkosten auf der Grundlage der Fördersätze erfolgt. Nachrangig können auch innerstädtische Stellenbesetzungen erfolgen, soweit die nicht abrechenbaren Personalmehraufwendungen gesamtstädtisch gedeckt sind.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Bereitstellung eines jährlichen Eigenanteils von 125.827 € in Form von Sachmitteln (Bereitstellung vorhandener Büro- und Seminarräume) für das o.g. Projekt im Zeitraum vom 01.1.2011 bis 31.12.2013. Die erforderli-

chen Mittel sind bereits in der HPL-Veranschlagung 2011 und in der Finanzplanung für die Jahre 2012 und 2013 enthalten.

Die zusätzlich benötigten Sachaufwendungen in Höhe von 3.112.975,- € für die Durchführung der jeweiligen Schulungsmaßnahmen sind als Mehraufwendungen bereitzustellen, sobald entsprechende zweckgebundene Mehrerträge vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.31 Konjunkturprogramm II, Beschleunigung von Verfahren, Verlängerung der derzeitigen Regelung
5102/2010**

Beschluss:

Die Regelungen zur Beschleunigung des kommunalen Vergabeverfahrens, die mit Beschluss des Rates vom 26.03.2009 unter TOP 9.26 getroffen wurden, gelten – vorbehaltlich einer entsprechenden Entscheidung des Landes Nordrhein Westfalen – bis zum 31.12.2011 fort.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 71473/02
Arbeitstitel: Alte Wipperfürther Straße in Köln-Buchheim
4366/2010**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 71473/02 für das Gebiet nördlich Caumannsstraße, östlich Im Leimfeld, südlich Herler

Straße und westlich Alte Wipperfürther Straße (Gemarkung Mülheim, Flur 02, Flurstücke 2244, 2246, 2255, 2267, 2268, 2330, 7572/239, 7573/239 [jeweils teilweise] und 2254, 2258, 2259, 2262, 2269, 2331, 2332, 7590/239, 8038/232, 8039/232 [jeweils ganz]) —Arbeitstitel: Alte Wipperfürther Straße in Köln-Buchheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 4024 c - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Schmiedegasse in Köln-Weidenpesch 4474/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Fluchtlinienplanes 4024 c für das Gebiet zwischen nördliche Grenze Sportstraße, östliche Grenze Rennbahnstraße, südliche Grenze Mollwitzstraße und Roßbachstraße, westliche Grenze Leuthenstraße, Amboßstraße und Florianstraße bis zur Sportstraße in Köln-Weidenpesch —Arbeitstitel: Schmiedegasse in Köln-Weidenpesch— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**13.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 4024 d
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Floriansgasse in Köln-Weidenpesch
4479/2010**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Fluchtlinienplanes 4024 d für das Gebiet zwischen nördliche Grenze An den Kreuzmorgen und Scheibenstraße, östliche Grenze Rennbahnstraße, südliche Grenze Sportstraße und Schmiedegasse, westliche Grenze Amboßstraße bis zum An den Kreuzmorgen in Köln-Weidenpesch —Arbeitstitel: Floriansgasse in Köln-Weidenpesch— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

14 Erlass von Veränderungssperren

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Robert-Perthel-Straße/Longericher Straße in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen, 1. Änderung
3711/2010**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen –Arbeitstitel: Gewerbegebiet Robert-Perthel-Straße/Longericher Straße in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen, 1. Änderung– für das Gebiet westlich der Robert-Perthel-Straße, Heckweg, Hugo-Junkers-Straße entlang des Bahngeländes des Verschiebebahnhoofs Nippes bis zur Longericher Straße, Longericher Straße bis zur südlichen Grenze des Grundstücks Longericher Straße 175, entlang der westlichen Grundstücksgrenzen der Grundstücke Longericher Straße 175 - 179, südliche und westliche Grundstücksgrenzen des Grundstücks Robert-Perthel-Straße 10, östliche Grundstücksgrenzen der Grundstücke Robert-Perthel-Straße 6 - 2 bis zur südlichen Grundstücksgrenze des Parkplatzes, südliche Grenze des Grundstücks Robert-Perthel-Straße 1, westliche Grundstücksgrenzen der Grundstücke Robert-Perthel-Straße 1 - 79 (entlang der östlichen Grenze des Bürgerparks Nord) bis zur Straßengabelung Lindweilerweg/Butzweilerstraße/Robert-

Perthel-Straße in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Sterck nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen
4534/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen –Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen– für das Gebiet zwischen der Weißer Straße, der Grimmelshausenstraße, Uferstraße, Roonstraße, Auenweg und der Grüngürtelstraße (hier auch die südlich gelegene Bebauung) in Köln-Sürth in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 214. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4349/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 214. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

17 Wahlen

17.1 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Bestellung von Frau Gabriele C. Klug zur Ersten Betriebsleiterin 5078/2010

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

mit sofortiger Wirkung zur Ersten Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln.

Die Bestellung gilt für ihre Wahlzeit als Beigeordnete der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.2 Benennung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Schule und Weiterbildung 5140/2010

Beschluss:

Gem. § 23 a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln wählt der Rat auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Frau Stephanie Stangier als stellvertretende sachkundige Einwohnerin gem. § 58 Abs. 4 GO NRW in den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 5144/2010

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger für Herrn Pfarrer Franz Decker als stimmberechtigtes Mitglied

Herrn Peter Krücker

in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Aufsichtsrat KölnBäder GmbH
AN/2213/2010**

Beschluss:

Der Rat schlägt vor, als Nachfolger für das Ratsmitglied Andreas Wolter, der sein Aufsichtsratsmandat zum 31.12.2010 niedergelegt hat, mit Wirkung zum 1.1.2011 das Ratsmitglied **Karsten Kretschmer** in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.5 Neubesetzung von Aufsichtsräten 5207/2010

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Beigeordnete Henriette Reker

(gem. § 113 Abs. 2 GO NW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(n) Beamten/in oder Angestellten/in)

- a) als Mitglied in den Aufsichtsrat der AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH
- b) als Mitglied in den Aufsichtsrat der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG
- c) als Mitglied in den Aufsichtsrat der SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei den vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.6 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages hier: Benennung der sechs Abgeordneten der Stadt Köln 5265/2010

Beschlüsse:

- I. Der Rat der Stadt Köln wählt die folgenden sechs Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages:
 - 1. Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes
 - 2. Susana dos Santos Herrmann

3. Ursula Gärtner
4. Karl-Jürgen Klipper
5. Barbara Moritz
6. Bürgermeister Manfred Wolf

Die Wahl gilt für die laufende Amtszeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Antrag von Ratsmitglied Wiener:

Der Rat beschließt weitere Teilnehmer/Innen als Gäste ohne Stimmrecht in die Hauptversammlung zu entsenden. Eine zahlenmäßige Begrenzung der Teilnehmer/Innen erfolgt nicht.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln abgelehnt.

III. Der Rat beschließt sechs Teilnehmer/Innen als Gäste ohne Stimmrecht in die Hauptversammlung zu entsenden. Die Feststellung der Teilnehmer/Innen erfolgt ebenfalls nach dem Verfahren Hare-Niemeyer.

Die Stadt Köln übernimmt keine Kosten für die Reisen dieser Teilnehmer/innen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Der Vorschlag, die Anzahl der Teilnehmer/Innen auf sechs zu begrenzen, erfolgt von Ratsmitglied Michael Zimmermann.

**17.7 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Sachkundigen Bürgerin im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde
AN/2293/2010**

Beschluss:

Der Sachkundige Einwohner im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde, Herr Anselm Riddermann, hat sein Mandat zum heutigen Tage niederlegt.

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion wählt der Rat
Frau Renate Domke, wohnhaft Johannes-Müller-Str. 31 in 50735 Köln,
als Sachkundige Bürgerin in den Ausschuss Anregungen und Beschwerde.

Als Frau Domkes Nachfolgerin als Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden wählt der Rat auf Vorschlag der FDP-Fraktion,
Frau Yvonne Bußmann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.8 Vorschlag von Mitgliedern für den Beirat der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) gem. §18d Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II)
5272/2010**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der Trägerversammlung des Jobcenters Köln die sozialpolitischen Sprecher der vier größten im Ausschuss für Soziales und Senioren vertretenen Fraktionen, dass heißt:

Herrn Dr. Walter Schulz
Herrn Bernhard Ensmann
Herrn Ossi Helling
Frau Katja Hoyer

als Mitglieder für den Beirat des Jobcenters Köln vorzuschlagen und damit die Kontinuität der bisherigen Beratung und Begleitung sicherzustellen.

Der Rat der Stadt Köln entspricht weiter dem Wunsch der Geschäftsführung der

ARGE Köln und des zukünftigen Jobcenters, der Trägerversammlung als weiteres Mitglied den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates der Stadt Köln vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

**17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Nachwahl eines sachkundigen Einwohners für den Schulausschuss
AN/2372/2010**

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Herrn Benjamin Warnecke Herrn Jörg Uckermann als sachkundigen Einwohner in den Schulausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.10 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Nachwahl eines sachkundigen Einwohners für den Sportausschuss
AN/2373/2010**

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Frau Charlotte Piachnow Herrn Marcel Krause (Ottostraße 38, 50823 Köln) in den Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

19 -

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Frau Kramp
Schriftführerin